

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur:  
**Fritz Arnold.**  
Für die Inserate verantwortlich:  
**Walter Kraus.**  
Beide in Aue i. Erzgeb.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. — Fernsprecher 35.  
für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag  
Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft  
m. b. H.  
in Aue i. Erzgeb.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 30 Pfg. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.90 Mk., monatlich 40 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungsvertrag. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Inserationspreis: Die nebengehaltene Korrespondenz- oder deren Raum für Inserate aus Aue und den Ortschaften des Amtshauptmannschafts Schwarzenberg 10 Pfg., sonst 15 Pfg. Reklametexte 20 Pfg. Bei größeren Abzählungen ermäßigter Rabatt. Annahme von Anzeigen bis spätestens 3/4 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.

Diese Nummer enthält 6 Seiten

### Das Wichtigste vom Tage

Der Bundesrat stimmt dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Wertzuwachssteuergesetz sowie dem Entwurf der zweiten Ergänzung des Besoldungsgesetzes zu.

In der Budgetkommission des Reichstags erklärte Staatssekretär v. Rotten-Weiß, die Reichsregierung werde an der Algecirasakte festhalten, denn sie solle verhindern, daß Marokko von irgendeiner Macht eingekreist werde.

Im Jahre 1914 findet im städtischen Ausstellungspalast in Dresden eine sächsische Handwerksausstellung statt.

Der österreichische Reichsrat soll am 1. April aufgelöst und Neuwahlen für den kommenden Herbst angesetzt werden. (S. pol. Ztgsh.)

In Italien haben gestern die Jubiläumsfeierlichkeiten begonnen. Der König von Italien hielt auf dem Kapitol eine Rede. Kaiser Wilhelm sandte aus Beneidig einen telegraphischen Glückwunsch. (S. Art. i. Beil.)

Bei dem Brande der großen Mäusenfabrik am Washingtonplatz in Ruppert wurden 164 Menschen getötet, darunter über 80 deutsche Mädchen. (S. Art. i. Beil.)

### Ein interessantes Geständnis.

Immer wieder und mit gesteigertem Nachdruck sucht die polnische Presse von der polnischen Reichstagsfraktion den Vorwurf abzuwehren, daß sie einer Versöhnungspolitik geneigt sei und aus diesem Grunde in letzter Zeit die Regierungspolitik unterstützt habe. So nahm die Gazeta Grundzüge die abschneidende Haltung, die die polnische Reichstagsfraktion gegenüber der Vorlage über die Heeresvermehrung beobachtet hat, zum Anlaß, um zunächst zu erklären, daß es der gegenwärtigen polnischen Fraktion nicht im Traume eingefallen sei, die Ausgaben für Vermehrung des Heeres und der Marine zu bewilligen. Dann erzählt man Näheres über den wahren und einzigen Grund, der die polnischen Reichstagsabgeordneten veranlaßt hat, für die Reichsfinanzangelegenheiten des Jahres 1909 zu stimmen: Ebenfalls ist ihnen, als sie sich an der Finanzreform beteiligten, eingefallen, für die Regierung zu arbeiten. Sie haben sich an dieser Arbeit beteiligt, weil sie in ihr einen Nutzen für die polnische Gesamtheit erblickt haben. Sie wollten an der großen Summe der Steuern wenigstens etwas abgeben, damit die Last, die nicht ganz von den Schultern gewälzt werden konnte, wenigstens etwas leichter war. Und so geschah es auch. Sie wollten den Fürsten Bülow, den größten Bedrücker des polnischen Volkes, stützen, und sie haben ihn auch gestützt. Sie wollten den antipolnischen Block zerrüttern, der ein Ausnahmengesetz schon beschlossen hatte und weitere noch beschließen sollte. Und sie haben ihn auch zerrüttert. Es ist niemand eingefallen, der Regierung einen Dienst zu erweisen.

Nachdem diese Aktion einer Versöhnungspolitik beendet war, hat die polnische Reichstagsfraktion förmlich nach einer Gelegenheit ausgespäht, um ihren regierungsfeindlichen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Das genannte Blatt schreibt:

Die polnische Fraktion hat lange Zeit keine Gelegenheit gehabt, durch eine ungewöhnliche Tat zu beweisen, daß das Geschick und das Geschick über ihre Versöhnlichkeit, über ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung in das Reich der Gabel gehört. Schließlich hat sich eine derartige Gelegenheit geboten. Im Reichstage stand das Regierungsprojekt über die Vermehrung des deutschen Heeres zur Verhandlung. Wenn das also wahr wäre, was jetzt schon seit etwa zwei Jahren die politischen Südensländer über die Versöhnlichkeit und über die Nachgiebigkeit der polnischen Abgeordneten der Regierung gegenüber verbreitet haben, dann hätte die polnische Fraktion für dieses Regierungsprojekt wohl stimmen müssen. Inzwischen hat sich die polnische Reichstagsfraktion, wenn auch in sachlicher Form, doch sehr energisch gegen die Vermehrung der deutschen Armee, also gegen die neuen Ausgaben für das Heer erklärt, und am folgenden Tage hat sie auch gegen das Regierungsprojekt gestimmt. Für jeden einigermassen vernünftig denkenden

Menschen wird durch diese Abstimmung der polnischen Fraktion das Märchen von der Versöhnlichkeit der Fraktion und der Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung endgültig zerstört sein.

Offenlich denken auch die deutschen Wähler in diesem Sinne vernünftig genug, um die bereits angekündigte Absicht des Reichstags, bei den nächsten Wahlen mindestens vier Reichstagsmandate aus deutschem in polnischen Besitz zu bringen, gründlich zu verurteilen.

### Herbstsession des Reichstages?

Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe? So sieht man sich versucht zu fragen, wenn man die Beschlüsse des Senatorenforums des Reichstags über den Arbeitsplan liest, die nicht nur das Pensum bis Pfingsten feststellen sollen, sondern auch schon einen bestimmten Termin für die vielberufene Herbstsession andeuten. Als zuerst in der Presse schon Anfang November der Plan mitgeteilt wurde, daß entgegen der allgemeinen Ansicht die Reichstagswahlen nicht schon im Spätherbst dieses Jahres, sondern erst Ende Januar 1912 stattfinden würden, weil eine Herbstsession ermoglicht werde, stieß die Nachricht ziemlich allgemein auf Unglauben und Widerspruch. Aber allmählich mehrten sich die Stimmungen sowohl in der Regierung wie im Parlament dafür, und nun hat der Gedanke also feste Gestalt angenommen. Wenigstens auf dem Papier! Denn den Wunsch, N. R. wird durch aus zuverlässig berichtet, daß trotz aller Wünsche und Beschlüsse der Zweifel immer stärker wird, ob der Reichstag und die Regierung zu dieser Kraftleistung und Ueberanstrengung imstande sein werden. Neun Monate Parlamentarismus in diesem Maße und Tempo, wie jetzt, ist selbst für arbeitsfreudige Männer in einem Jahre eine zu schwere Last — noch dazu wenn die Kräfte nicht nur durch Arbeit, sondern auch durch Wahlfieber mitgenommen werden.

Die letzte Tagung eines sterbenden Parlaments pflegt sich sonst durch Unfruchtbarkeit auszuzeichnen. Diesmal werden ungeheure Zumutungen gestellt. Der Maximalarbeitszeit unserer führenden Parlamentarier und vieler Regierungsvertreter währt nicht selten 16 Stunden: in aller frühe Besuche, Durcharbeiten von Drucksachen, Schriftsätzen, Petitionen, Korrespondenzen, dann Kommissionsberatungen, darauf Plenarsitzungen von 5-7stündiger Dauer und endlich Fraktionsverhandlungen. In den Feiertagen aber muß Wahlagitation getrieben werden. Welch unendliche Schwierigkeiten noch dazu die großen Vorlagen selbst bieten, dafür häufen sich die Beweise. Die zweite Beratung der Strafprozessreform mußte abgebrochen werden, weil man nicht vom Fackel und die Staatsfeststellung drängte. Die Kontroverse zwischen dem Staatssekretär des Innern und der Fortschrittlichen Volkspartei bei der Debatte über die letzte Lex Trimborn gibt einen Vorgeschmack, wie sich die Beratung der Reichsversicherungsordnung zwischen Oheim und Pfingsten abspielen wird: ein Kampf einer Kompromissmehrheit gegen eine entschlossene, sachkundige Opposition bei mehr als 1700 Paragraphen. Und auf welche Klippen die eilabstehende Verfassungs- und Wahlvorlage aufklimmt, das sehen wir ja von Tag zu Tag mehr: ein wahrer Katzenkönig von Widerstreit in der Kommission, dazu werden von Straßburg aus sorgfältig Steine in den Weg gemorrt und endlich fängt die Rechte im preußischen Abgeordnetenhaus auch noch an, den Boden, auf dem der Reichsanwalt und der Bundesrat stehen, zu unterwühlen.

So heißt das Parlament tagtäglich mehr und mehr unter der Last der Arbeiten und Schwierigkeiten. Da kann man mit einiger Sicherheit nur Dispositionen für die nächsten 10-12 Tage aufstellen. Aber schon mit dem Arbeitsplan für die 4-5 Wochen nach den Osterferien bis Pfingsten hapert es und der Plan einer Herbstsession gar, die vom 10. Oktober bis Mitte Dezember reicht und die unmittelbar in die schärfste Wahlkampagne auslaufen soll, hängt wackelig in der Luft, so fein flüchtig die Beschlüsse auch auf dem Papier stehen. Gerade wer politische Voraussagen scheute wird sich nicht auf solche Ungewissheiten einlassen, sondern an der Ueberzeugung festhalten: Der Reichstag wird um Pfingsten herum sein Ende erreichen, was bis dahin an Gesetzen nicht verabschiedet ist, fällt in den Brunnen. Und im Spätherbst, etwa im November sind die Neuwahlen. Wenigstens ist es geraten, mit dieser Wahrscheinlichkeit zu rechnen, als höchst unsichere Wochel auf lange Sicht zu geben, die der Gang der Ereignisse als ungültig beiseite wirft.

### Politische Lagechau.

Aus 28 März.

• Eine Abgabe des Freikonservativen an die National-Liberalen. Die freikonservative West bringt in ihrer Sonnabendnummer eine Auslassung unter der Ueberschrift: Mittelpartei?, in

der sie den Nationalliberalen gut zuredet, nicht nach links zu gehen. Zum Schluß heißt es: Man wird sich innerhalb der nationalliberalen Partei auch darüber nicht wundern können, wenn aus diesem Verhalten auch an derwärts die selbstverständlichen Konsequenzen gezogen und die nationalliberale Partei bis auf weiteres nicht mehr als Mittelpartei angesehen und behandelt wird. — Diese freikonservative Drohung wird die Nationalliberalen nicht nur nicht einschüchtern, sondern darin bestärken, auf dem eingeschlagenen Wege unbeeinträchtigt weiterzugehen.

• Zur Hamburger Spionage-Affäre. Das Depeschendureau Gerold erzählt, daß in Berliner informierten Kreisen bisher nichts Näheres über die Hamburger Spionage-Affäre bekannt geworden ist. Es wird betont, daß der Untersuchungsrichter zunächst feststellen haben wird, ob es sich um eine eigentliche Spionage-Affäre handelt oder nicht etwa vielleicht um ein Ausmaßschreiben von Geheimnissen, die zu geschäftlichen Zwecken verwendet werden sollten.

• Das ungarische Abgeordnetenhaus und die Ueberlegung. Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm eine Resolution an, auf der nächsten Haager Konferenz einen Antrag zur Beschränkung der Rüstungen zu stellen. Der Ministerpräsident erklärte, daß er gegen die Resolution nichts einzuwenden habe, da die Regierung alle Bestrebungen zur Einschränkung der Rüstungen bereitwillig unterstütze.

• Die politische Lage in Oesterreich. Das wahrscheinliche Ergebnis aller Wahlen ist die Auflösung des Hauses und Neuwahlen, die wahrscheinlich Ende Mai stattfinden sollen. Der Ministerpräsident erweist sich noch wie vor des Vertrauens der Krone. Baron Clement hat die Uebernahme der Parlamentarität um 1/3 Uhr gestern zu sich beschieden, um ihnen die Vertagung mitzuteilen. Diese Vertagung ist noch nicht unbedingt die Auflösung.

• Kämpfe an der montenegrinischen Grenze. Meldungen von der montenegrinischen Grenze berichten, daß dort mehrere Angriffe der Albanesen gegen türkische Vorkämpfer stattgefunden haben. Zwei türkische Reservisten wurden getötet, zwei verwundet, während vier in Gefangenschaft gerieten und die übrigen, ca. 20 sich ergaben. Weitere Zusammenstöße werden gemeldet.

• Der russisch-türkische Konflikt. Von einem russisch-türkischen Konflikt, der von einigen Blättern gemeldet worden ist, ist in Berlin in informierten Kreisen nichts bekannt geworden, ebensowenig von einem Vorfall, der hierzu irgendwelche Veranlassung geben könnte.

• Zum russisch-chinesischen Konflikt. Von chinesischer Seite wird offiziell erklärt, daß die Antwort auf die letzte Note der russischen Regierung in höchst versöhnlichem und nachgiebigem Tone gehalten ist. In der langen Antwortnote werden die von der russischen Regierung aufgeführten Punkte in ungewöhnlicher Weise angenommen und es wird der Versuch gemacht, die früheren Antworten der chinesischen Regierung durch den Nachweis zu rechtfertigen, daß sie sechs Punkte bereits zugestanden habe.

### Aus dem Königreich Sachsen.

Geschlossene Zeiten.

Durch eine neue Verordnung des Ministeriums des Kultus und des Innern ist, wie unsern Lesern schon bekannt, die Fülle der vor Oheim um ein weltliches verkürzt worden; befragt hat er 21 Tage — vom Montag nach Ostern bis mit 1. Osterfeiertag —, so ist sie jetzt auf 10 Tage beschränkt worden, denn sie beginnt am Donnerstag vor Palmsonntag (8. April) und währt bis mit 18. April (Ostern). Als geschlossene Zeiten gelten ferner die Bußtage, der erste Pfingstfeiertag, der Totensonntag, die Vorabend der obengenannten Tage von nachmittags 6 Uhr ab, die Tage vom 22. Dezember bis mit dem 1. Weihnachtstagesfeiertag. Auch die Fülle Zeit vor Weihnachten ist um drei Tage gekürzt worden.

• Oberlungwitz, 27. März. Die Automobilverbindungen Oberlungwitz-Mittelbach-Gemmitz tritt nun bestimmt am 1. April in Wirksamkeit. Die Fahrt beginnt im unteren Dorfe beim Gasthof zum Hirch und endet in Gemmitz bei der Nicolaibühne. Das Auto wird 20 Personen fassen und ist 38 Pferdekraften stark. Es werden täglich Fahrten hin und zurück gemacht.

• Reichenbach i. B., 27. März. Hotelbes. Vergangenen Sonnabend nachmittags wurde hier ein Hotelbes. ein 21jähriger stellungsloser, jüdischer Kaufmann aus Oesterreich, kurz vor seiner Abfahrt auf dem oberen Bahnhof festgenommen. Er hatte am gleichen Nachmittage im Gasthof zur Garküche, wo er als Gast verkehrte, vor seinem Abgange aus einem unverschlossenen Zimmer Schmuckstücke von 100 A. Wert gestohlen, ferner